

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Jörn Felbier
Ausschussmitglied Byrte Janßen
Ausschussmitglied Jasmin Tegge

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Howard Jacques
Ausschussmitglied Hermann Stolle

Mitglied Gruppe WBV/Die Unabhängigen

Ausschussmitglied Katja Breuer

Mitglied Gruppe UWG/Grüne

Ausschussmitglied Barbara Ober-Bloibaum

es fehlten entschuldigt

Ausschussmitglied Stefan Becker
Stellv. Ausschussvorsitzender Björn Heinisch

als Gast

Helga Weinstock

von der Verwaltung

Jens Stoffers
Jens Müll
Linda Imken
Dagmar Rieken

Erster Stadtrat
Referatsleiter 4
Fachbereich Organisation
Protokollführerin

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 27.04.2015
- 4 **Vorlagen an den Verwaltungsausschuss**
 - 4.1 Ausnahmen vom Einstellungsstopp
 - 4.1.1 Unbefristete Einstellung von MitarbeiterInnen für das Jobcenter **148/2015**
 - 4.1.2 Einstellung von StadtinspektoranwärterInnen und Auszubildenden zum 01.08.2016 **149/2015**
 - 5 Mitteilungen und Anfragen
 - 5.1 Arbeitszeit
 - 5.2 Personalentwicklung
 - 5.3 Personalkostenbericht / Budgetbericht

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Als neuer Vorsitzender eröffnete **Herr Jacques** die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde unter Eingliederung einer weiteren VA-Vorlage im nichtöffentlichen Teil unter Punkt:

7.1 „Unbefristete Übernahme einer Sozialarbeiterin im Jugendsozialdienst“

festgestellt.

3 Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Personal- und Gleichstellungsfragen vom 27.04.2015

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 27.04.2015 wurde einstimmig genehmigt.

4 Vorlagen an den Verwaltungsausschuss

4.1 Ausnahmen vom Einstellungsstopp

4.1.1 Unbefristete Einstellung von MitarbeiterInnen für das Jobcenter **148/2015**

Der Vorsitzende **Herr Jacques** trug den Beschlussvorschlag vor. Ergänzend zu der Begründung aus der Vorlage erläuterte **Herr Stoffers** die jetzige Personalsituation des Jobcenters, die prozentuale Aufteilung des Personals sowie die Verwaltungskosten. Beide Träger, Arbeitsagentur und Stadt, sollten laut Vereinbarung ca. je die Hälfte des Personals dem Jobcenter stellen. Das Jobcenter beschäftige zurzeit ca. 150 MitarbeiterInnen und die Stadt wolle nach Möglichkeit dem Anteil von 50 % nachkommen. Eine hohe Fluktuation in diesem Bereich mache eine ständige Nachbesetzung der Stellen notwendig. Aus diesem Grund bat **Herr Stoffers** die Ausschussmitglieder um Ermächtigung, im Rahmen des Stellenplanes und der haushaltsrechtlichen Vorschriften, diese notwendigen Nachbesetzungen vornehmen zu können. Auf Nachfrage von **Herrn Felbier** erläuterte **Herr Stoffers** die Zuständigkeitsregelung sowie die Handhabe der 50 % Regelung. Arbeitsagentur und Stadt müssen vertrauensvoll zusammen arbeiten. Ziel sei es, das Personal so zur Verfügung zu stellen, wie es gebraucht werde. Nach kurzer Diskussion über Ausschreibungen, Qualifizierungen und Wechsel der MA des Jobcenters zur Stadt bat **Frau Breuer** im Falle einer Zustimmung dieser Vorlage um entsprechende Informationen hinsichtlich der getätigten Einstellungen. **Herr Felbier** bat zudem noch um Einschränkung dieser „Ausnahme vom Einstellungsstopp“ auf die „Sachbearbeiter –Ebene“. Eine Einstellung von Führungskräften soll weiterhin im Ausschuss beraten werden. **Herr Stoffers** sagte dies zu. In der Liste „Veränderungen im Personalbereich“ solle dies künftig dargestellt werden.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Zur Deckung des erforderlichen Personalbedarfs im Jobcenter wird die Verwaltung ermächtigt, Beschäftigte und Beamte/Beamtinnen extern einzustellen, soweit eine interne Besetzung nicht möglich ist.

4.1.2 Einstellung von StadtinspektoranwärterInnen und Auszubildenden zum 01.08.2016 **149/2015**

Der Vorsitzende **Herr Jacques** trug den Beschlussvorschlag vor und bat um Wortmeldungen. **Herr Stoffers** gab zusätzliche Informationen hinsichtlich dieser bedarfsgerechten Ausbildung. **Herr Felbier** regte an, dass bei Eingang vieler guter

Bewerbungen noch mal im Ausschuss beraten werden solle, ein bis zwei zusätzliche Einstellungen vorzunehmen, um ein „Sicherheitsreservoir“ zu bilden. Auch ihm sei bekannt, dass es immer schwieriger werde, gutes Personal zu bekommen und auch zu halten. Es entstand eine Diskussion über Personalabwanderung nach der Ausbildung, Wohnsitzfrage bei Auswahl und eventuelle gemeinsame Ausbildung mit den umliegenden Gemeinden. **Herr Felbier** unterstrich abschließend, dass „Ausbilden“ ein Prädikat sei und damit gute Qualität bei der Stadt geschaffen werde.

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Der Einstellung von bis zu

- vier StadtinspektoranwärterInnen
- sechs Auszubildenden zu Verwaltungsfachangestellten

zum 01.08.2016 wird zugestimmt.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Arbeitszeit

Herr Müll stellte den Ausschussmitgliedern anhand einer PowerPoint Präsentation die Arbeitszeitregelung der Stadt Wilhelmshaven dar. Themen dabei sind die Neufassung der bestehenden Dienstvereinbarung und die Einführung einer elektronischen Arbeitszeiterfassung. **Herr Müll** erläuterte die derzeitigen „alten“ Regelungen und das bisherige Vorgehen und stellte die geplanten neuen Regelungen vor. Er berichtete über den Entwurf einer neuen Dienstvereinbarung über die flexible Arbeitszeit und seine gescheiterten Versuche, immer wieder mit dem Gesamtpersonalrat darüber ins Gespräch zu kommen.

Nach Vorstellung der einzelnen neuen Regelungen berichtete **Herr Müll** auch darüber, welche Erfahrungen die Uni Oldenburg mit der Einführung eines neuen Arbeitszeitmodells gemacht habe. **Frau Breuer** schilderte daraufhin ihre positiven Beobachtungen aus dem Bereich der Bundeswehr. Urlaubsgenehmigungen, Freistellungen und sonstige Zeitausgleiche seien mit dem neu eingeführten Workflow-Management schnell und problemlos abgehandelt. Sie habe jederzeit auf einem Jahresblatt den Überblick auf ihr Arbeitszeitkonto einschließlich Urlaub und Überstunden. Die Ausschussmitglieder diskutierten über Pausenregelungen und Karenzzeiten.

Weiter sprach **Herr Müll** über das Problem der bisherigen Richtlinie hinsichtlich einer nicht mehr zeitgemäßen Frühstückspause und den bislang nicht geregelten Raucherpausen. Er beschrieb das jetzige Führen von Gleitzeitbögen zur Arbeitszeiterfassung mit entsprechend wenig Flexibilität und stellte dagegen die Einführung eines elektronischen Zeiterfassungssystems mit einem Arbeitszeitkonto vor. Weitere Punkte dieser neu zu erstellenden Dienstvereinbarung wären auch Telearbeit und mobile Arbeit, Lebensarbeitszeitkonten sowie Jobsharing und

andere Teilzeitmodelle u.a. auch unter dem Gesichtspunkt einer neuen Attraktivität des Arbeitgebers.

Anschließend stellte **Herr Müll** den Mitgliedern das weitere Vorgehen dar. Er informierte über das Mitbestimmungsrecht des Personalrates sowie darüber, dass eine Änderung des Arbeitszeitmodells nur mit einer einvernehmlichen Dienstvereinbarung möglich sei. Sollte es zu keiner einvernehmlichen Dienstvereinbarung kommen, könne die Verwaltung (mitbestimmungspflichtige) Dienstanweisungen erlassen. Zu regeln seien auf jeden Fall die Frühstückspause, Raucherpausen sowie die Einführung der elektronischen Arbeitszeiterfassung.

Nach Abschluss der Präsentation diskutierten die Ausschussmitglieder über die Umsetzung einer elektronischen Arbeitszeiterfassung in den verschiedenen Außenstellen sowie Betrieben wie Feuerwehr und TBW.

Frau Tegge bat um Information, wann die Verwaltung Teilkündigungen entsprechender Positionen zur Dienstvereinbarung durchführe. **Herr Müll** stellte ein zeitliches Fenster dar.

Herr Stoffers unterstrich nochmals deutlich, dass nur die „Frühstücksbereitschaft“ und die „elektronische Arbeitszeiterfassung“ (beides Negativbotschaften) durch Dienstanweisung geregelt werden können. Die für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen positive flexiblere Arbeitszeitregelung mit umfangreicherem Arbeitszeitkonto, mit Urlaubsworkflow, mit Telearbeit oder Lebensarbeitszeitkonten sei nur im Einvernehmen mit dem Personalrat neu zu regeln. **Herr Jacques** berichtete über seine Erfahrungen als Personalrat, als er an der Entwicklung der Arbeitszeitregelung des Arsenal mitgewirkt hat. Durch seine Unterstützung und positive Begleitung dieses Modells hat er bei den Beschäftigten auch Vertrauen aufbauen können. Er bestätigte, dass es nichts Besseres gäbe als eine gerechte Zeiterfassung.

Abschließend wurden Durchführung, Möglichkeiten und Auswirkungen des weiteren Verfahrens diskutiert. **Herr Jacques** machte den Vorschlag, dieses Thema quartalsmäßig auf die Tagesordnung des PGL zu setzen, damit über weitere Fortschritte berichtet werden könne. Die Ausschussmitglieder stimmten zu.

5.2 Personalentwicklung

Bevor **Herr Müll** eine weitere PowerPoint Präsentation vorstellte, bat **Herr Jacques**, wie auch bei der vorherigen Problematik, den Punkt „Personalentwicklung“ regelmäßig auf die Tagesordnung des PGL zu nehmen, damit über den weiteren Prozess berichtet werden könne.

Herr Müll berichtete über Ansatzpunkte und Ziele der Personalentwicklung. Er sprach über notwendige Voraussetzungen, bereits vorhandene Daten und verdeutlichte anhand von Beispielen die einzelnen Aspekte der Präsentation. Dabei führte er auch an, was bisher in diesem Bereich geleistet worden und welche Einzelheiten bereits in Planung seien.

Nach kurzer Diskussion über Demografie-Wandel und Gesundheits- bzw. Wiedereingliederungsmanagement bedankten sich die Ausschussmitglieder für den Vortrag.

5.3 Personalkostenbericht / Budgetbericht

Herr Müll erläuterte den Personalkostenbericht I/2015 (Stand 30.04.2015) anhand einer weiteren PowerPoint Präsentation. Bei den Ansichten der einzelnen Positionen stellte er klar heraus, dass die hohen Beihilfeausgaben nicht prognostiziert werden können. Abschließend berichtete **Herr Müll** über anstehende Risiken in 2015 und hob dort vor allem die Übernahme von MitarbeiterInnen der Seniorenresidenz hervor. Er gab den Ausschussmitgliedern Kenntnis über den jetzigen Sachstand und beschrieb dabei die Problematik. Einsatzplanungen sowie Gespräche mit den MitarbeiterInnen werden zurzeit durchgeführt. Man sehe aber auch das Klinikum gefordert. Die Nachfragen der Ausschussmitglieder konnten in einer abschließenden Diskussion geklärt werden.

Herr Felbier bat aufgrund der erwähnten Entwicklung der Beihilfekosten um eine aktuelle Übersicht des allgemeinen Krankenstandes der Verwaltung.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 16:40 Uhr

gez.

gez.

gez.

Jens Stoffers
Erster Stadtrat

Howard Jacques
Ausschussvorsitzender

Dagmar Rieken
Protokollführerin